

Antrag

der Abgeordneten Swen Schulz (Spandau), Dr. Ernst Dieter Rossmann, Dr. Hans-Peter Bartels, Klaus Barthel, Willi Brase, Ulla Burchardt, Petra Ernstberger, Michael Gerdes, Iris Gleicke, Klaus Hagemann, Christel Humme, Oliver Kaczmarek, Daniela Kolbe (Leipzig), Ute Kumpf, Thomas Oppermann, Florian Pronold, René Röspel, Marianne Schieder (Schwandorf), Stefan Schwartz, Andrea Wicklein, Dagmar Ziegler, Dr. Frank-Walter Steinmeier und der Fraktion der SPD

Hochschulpakt aufstocken – Finanzierung von wachsenden Studienkapazitäten an den Hochschulen langfristig sicherstellen

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Die seit Jahren kontinuierlich steigenden Studierendenzahlen sind politisch gewollt und hoch erfreulich. Von 2005 bis 2011 stieg die Zahl der Studienanfängerinnen und Studienanfänger von rund 356 000 auf rund 518 000 – die Zahl der Studierenden insgesamt von rund 2 Millionen auf 2,4 Millionen.

Der 2007 zwischen Bund und Ländern vereinbarte Hochschulpakt 2020 hat in den vergangenen Jahren erfolgreich zum Ausbau der Studienkapazitäten an den Hochschulen beigetragen. Dieser bisherige Erfolg ist nur deshalb möglich gewesen, weil im Rahmen der Föderalismusreform 2006 – gegen die ursprünglichen Planungen – die Kooperation von Bund und Ländern in der Wissenschaft verankert werden konnte. Ohne diese Möglichkeit gäbe es keinen Hochschulpakt und keinen Ausbau der Studienkapazitäten mit Hilfe des Bundes.

Die Vorausberechnungen der Studienanfängerzahlen 2012 bis 2025 der Kultusministerkonferenz (KMK) von Januar 2012 sowie die „Schnellmeldungsergebnisse der Hochschulstatistik zu Studierenden und Studienanfänger/-innen“ des Statistischen Bundesamtes für das Wintersemester 2012/2013 zeigen akuten Handlungsbedarf, um der weiterhin steigenden Nachfrage nach Studienplätzen gerecht zu werden. Mit 518 748 Studienanfängerinnen und -anfängern 2011 und 492 674 im Jahr 2012 wurden die beiden höchsten Werte in der Geschichte erreicht. Ebenso war die Studienanfängerquote in diesen beiden Jahren mit 54,7 bzw. 54 Prozent so hoch wie nie zuvor. Für 2013 werden wieder etwa 490 000 Studienanfänger erwartet. Laut KMK-Vorausberechnung werden die Studienanfängerzahlen bis 2019 jährlich deutlich über 450 000 liegen. Insgesamt liegen die bis zum Jahr 2025 aktuell vorausberechneten Studienanfängerzahlen erheblich über den Zahlen, die 2005 als Basis für den Hochschulpakt vorlagen – auch unter Einbezug der Anpassung aufgrund des Wegfalls der Wehrpflicht.

Seit Vorlage der KMK-Vorausberechnung ist bekannt, dass die Zahl der erwarteten Studienanfängerinnen und -anfänger die zusätzlichen Studienmöglichkeiten

ten, die nach derzeitiger Vereinbarung des Hochschulpakts in den Jahren 2011 bis 2015 finanzierbar sind, mit Beginn des Wintersemesters 2013/2014 überschreiten wird.

Im Vergleich zur gültigen Beschlusslage werden aufgrund der aktuellen Berechnung nun 601 388 zusätzliche Studienanfängerinnen und -anfänger bis 2015 erwartet. Das sind etwa 270 000 mehr als aktuell ausfinanziert.

Gute Bildung braucht gute Rahmenbedingungen und langfristige Planungssicherheit. Der Hochschulpakt war und ist eine Erfolgsgeschichte, die fortgeführt werden muss. Der Deutsche Bundestag hat bereits mehrfach über die notwendige Weiterentwicklung debattiert (zuletzt zur Vorlage auf Bundestagsdrucksache 17/7340). Weiterhin ist die Einführung eines Abschlussbonus unverzichtbar, um nicht nur den Studienbeginn zu fördern, sondern auch den Hochschulen Anreiz und Unterstützung für das erfolgreiche Studium zu geben. Ebenso bedarf es einer gezielten Förderung fehlender Master-Studienplätze. Ganz offenkundig ist auch die mehrfach angemahnte verbesserte Studienplatzberechnung auf der Basis einer soliden Datenbasis nötig. Darüber hinaus wurde versäumt, die soziale Infrastruktur an Hochschulen diesen veränderten Verhältnissen anzupassen. Mehr Kapazitäten für Mensen, Wohnheime, Betreuung und Beratung für Studierende wäre die notwendige Konsequenz, die allerdings von der Bundesregierung nicht gezogen wurde.

In diesem Moment vordringlich ist die Aufstockung des Hochschulpaktes. Mit der unzureichenden Finanzierung im Hochschulpakt verkennt die Bundesregierung die Tatsachen. In der von der Bundeskanzlerin ausgerufenen „Bildungsrepublik“ Deutschland stehen herausragende Leistungen von Hochschulen, Studierenden und Lehrenden einer chronischen Unterfinanzierung, dem Chaos bei der Hochschulzulassung sowie hohen Studienabbruchquoten und einem schlechten Betreuungsschlüssel gegenüber.

Auf der einen Seite wird von der Bundesregierung Bildung als die einzige Ressource der Bundesrepublik Deutschland gepriesen und ein Mangel an Fachkräften und Akademikerinnen und Akademikern beklagt, auf der anderen Seite ist sie jedoch durch ihre Politik maßgeblich für die derzeitigen Probleme an den Hochschulen verantwortlich. Der Hochschulpakt ist im Rahmen der zweiten Phase für die stetig steigenden Studierendenzahlen schlichtweg ungenügend. Darüber hinaus ist es bereits jetzt notwendig, die erforderlichen Rahmenbedingungen für die dritte Phase ab dem Jahr 2016 festzulegen.

Nicht zuletzt die Zahlen der KMK-Vorausberechnungen sprechen eine deutliche Sprache, so dass auch die Bundesregierung erstmalig im November 2012 endlich anerkannt hat, dass die Studienanfängerzahlen über den durch den Hochschulpakt finanzierten Zahlen liegen. Die Bundesregierung muss nun dringend ihre Versäumnisse wettmachen und den Ländern ein Angebot machen, um die Länder bei den Herausforderungen zu unterstützen. Fehlende Studienplätze schaffen Unsicherheit für Studienwillige, verhindern Teilhabechancen und sind auch ökonomisch falsch, gedankenlos und leichtfertig.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

unverzüglich mit den Ländern Verhandlungen aufzunehmen und konkrete Vorschläge zu unterbreiten, mit dem Ziel,

1. auf Grundlage der KMK-Vorausberechnungen, die Bundesmittel bedarfsgerecht anzupassen und damit den Ausgabendeckel im Hochschulpakt II anzuheben, um die notwendige Finanzierung zusätzlicher Studienkapazitäten zu gewährleisten;

2. den Hochschulpakt um eine dritte Programmphase von 2016 bis 2020 zu erweitern, um bedarfsgerecht Studienplätze zur Verfügung zu stellen und Planungssicherheit bei den Ländern und Hochschulen zu schaffen.

Berlin, den 12. März 2013

Dr. Frank-Walter Steinmeier und Fraktion

